

Klein
Abgabenordnung

Abgabenordnung

einschließlich Steuerstrafrecht

Bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

Rechtsanwältin

Prof. Dr. Markus Jäger

Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Dr. Philipp Maetz

Richter am Finanzgericht

Bernd Rätke

Vorsitzender Richter am Finanzgericht

Dr. Eckart Ratschow

Richter am Bundesfinanzhof

Reinhart Rüsken

Rechtsanwalt,
Richter am Bundesfinanzhof a. D.

**Dr. Fabian Schmitz-Herscheid,
LL.M. (Edinb.)**

Richter am Bundesfinanzhof

Prof. Dr. Francesca Werth

Vorsitzende Richterin am Bundesfinanzhof

Begründet von

Prof. Dr. Franz Klein †

Präsident des
Bundesfinanzhof a. D.

Gerd Orlopp †

Ministerialrat im Bundesministerium der
Finanzen a. D.

19., völlig neubearbeitete Auflage 2025



Zitierweise:

Klein/Gersch AO § 1 Rn. 1
Klein/Jäger AO § 369 Rn. 1
Klein/Maetz AO § 30 Rn. 1
Klein/Rätke AO § 16 Rn. 1
Klein/Ratschow AO § 37 Rn. 1
Klein/Rüsken AO § 33 Rn. 1
Klein/Schmitz-Herscheidt AO § 69 Rn. 1
Klein/Werth AO § 2018 Rn. 1

beck.de

ISBN 978 3 406 83205 5

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

info@beck.de

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Satz: C.H.Beck Nördlingen

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 19. Auflage

Mit der 19. Auflage setzen wir den jährlichen Erscheinungsmodus des *Klein* fort. Gesetzesstand dieser Neuauflage ist der 31.7.2025.

Auch diesmal gab es zahlreiche Änderungsgesetze, die zu berücksichtigen waren: Zunächst ist hier die Bekanntmachung der Neufassung der Abgabenordnung vom 23.1.2025 (BGBl. 2025 I Nr. 24) zu nennen. Aufgrund der Neufassung haben wir auf die Angabe der bisherigen Gesetzesänderungen aus der Zeit vor dem 23.1.2025 verzichtet; diese waren bislang unter dem Gesetzestext und vor dem Schrifttum zu finden. In der Kommentierung selbst erhalten Sie als Leser aber natürlich unverändert Ausführungen zum Inhalt und Hintergrund der Gesetzesänderungen.

Zu den weiteren Änderungsgesetzen, die innerhalb der 19. Auflage zu kommentieren waren, gehört das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz vom 23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323), das u. a. zu einer Verkürzung der Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege nach § 147 III AO, aber auch zu einer Neufassung des § 122a AO (ab 1.1.2026), der die Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf regelt, sowie zur Einführung einer Transaktionsmatrix bei den Verrechnungspreisen nach § 90 III 2 Nr. 1 AO geführt hat. Zudem wurde mit § 53 Nr. 3 AO ein Instrument im Gemeinnützigkeitsrecht geschaffen, das allen Menschen, die durch eine Katastrophe in eine Notlage geraten sind, Hilfe ermöglichen will.

Ferner ist das Jahressteuergesetz 2024 (JStG 2024) vom 2.12.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 387) hervorzuheben, das zu einer Vielzahl von Änderungen in der AO geführt hat. So wurde etwa die Förderung wohngemeinnütziger Zwecke in den Katalog der gemeinnützigen Zwecke aufgenommen (§ 52 II 1 Nr. 27 AO); hierdurch soll verbilligtes Vermieten steuerlich gefördert werden. Die Kommentierung befasst sich mit der Frage, ob und wie sich dieser neue Tatbestand in das Gemeinnützigkeitsrecht einfügt.

Weiterhin ist im Rahmen des JStG 2024 in § 87a I 2 AO – wenig kommunikationsfreundlich – bestimmt worden, dass steuerliche Berater für die Kommunikation mit dem Finanzamt nur ERiC bzw. ELSTER verwenden dürfen, nicht aber über das besondere elektronische Behördenpostfach mittels „beA“ oder „beSt“ kommunizieren dürfen. Außerdem ist mit dem neuen § 139e AO der sog. Direktauszahlungsmechanismus eingeführt worden, der über das Steuerrecht hinaus die Auszahlung öffentlicher Mittel an die Bürger erleichtern soll.

Glücklicherweise sind nicht alle Gesetzesvorhaben umgesetzt worden. Dies gilt insbesondere für den im ursprünglichen Entwurf des Steuerfortentwicklungsgesetzes (SteFeG) enthaltenen Vorschlag zur Einführung einer Mitteilungspflicht bei inländischen Steuergestaltungen in §§ 138l–138n AO. Der bürokratische Mehraufwand wäre erheblich geworden, während der Nutzen der Neuregelung zweifelhaft gewesen wäre, wie eine Auswertung zur Mitteilungspflicht bei grenzüberschreitenden Steuergestaltungen zeigt (s. § 138d Rn. 16).

Weitere Gesetzesvorhaben, die auch die AO betreffen, sind bereits unterwegs und werden, so die Vorhaben umgesetzt werden, selbstverständlich in der 20. Auflage kommentiert werden: Nach dem geplanten Steueränderungsgesetz 2025 soll es zu weiteren Änderungen im Bereich der Gemeinnützigkeit kommen, z. B. zur Aufnahme von E-Sport in den Katalog der gemeinnützigen Zwecke des § 52 AO oder zu einer Erhöhung der Freigrenze für wirtschaftliche Geschäftsbetriebe gemeinnütziger Körperschaften des § 64 III AO von 45 000 € auf 50 000 €.

Weitere unmittelbare und mittelbare Änderungen soll es nach dem Entwurf des sog. DAC 8-Umsetzungsgesetzes (Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU)

Vorwort

2023/2226) geben, das neben kleineren Änderungen der AO auch Melde-, Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten für Kryptowerte-Betreiber vorsieht.

Nicht alle Gesetzesänderungen sind allerdings von Dauer. So will der Gesetzgeber die durch das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz vom 23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) eingeführte und bereits oben erwähnte Verkürzung der Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege wieder auf zehn Jahre verlängern, soweit die Aufbewahrungspflicht Banken, Versicherungen und Wertpapierinstitute betrifft (so der aktuelle Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung).

Wie bisher nehmen wir Kommentierungen zu älteren Gesetzesfassungen aus Gründen der Übersichtlichkeit und des Platzes aus dem gedruckten Werk heraus. Als Leser können Sie die Kommentierungen ab der 10. Auflage aber weiterhin unter beck-online.beck.de (Rubrik „weitere Auflagen“) abrufen, sofern Sie über ein Abonnement eines entsprechenden Online-Moduls verfügen.

Darüber hinaus wurden in redaktioneller Hinsicht im Sinne einer gesteigerten Benutzerfreundlichkeit ab dieser Auflage erstmals Binnenverweispeile (→) in den Kommentar eingefügt, um den Lesern das Auffinden von werkimernen Fundstellen optisch zu erleichtern und zudem die elektronische Verknüpfung der Online-Version zu verbessern.

Neues gibt es auch im personellen Bereich des Autorenteam zu berichten: Wir freuen uns, Herrn *Dr. Fabian Schmitz-Herscheidt, LL.M. (Edinb.)* im Autorenkreis begrüßen zu dürfen. Herr Dr. Schmitz-Herscheidt ist seit dem 1.7.2023 Richter am BFH und dort dem VII. Senat zugewiesen. Zudem ist er Lehrbeauftragter an der Universität Bielefeld. Er verantwortet seit dieser Auflage die Kommentierung der §§ 69–77 und §§ 191, 192 AO und hat das Haftungsrecht umfassend überarbeitet; hervorzuheben sei hier etwa die Rechtsprechung zur Haftung eines vorläufigen Sachwalters als Verfügungsberechtigter (BFH 20.2.2024 – VII R 16/21, BStBl. II 2024, 624). Die Überarbeitung orientiert sich strukturell am Prüfungsaufbau für Haftungsbescheide und umfasst auch die Rechtslage für Duldungsbescheide, z. B. den Erlass eines Duldungsbescheids nach Restschuldbefreiung des Steuerschuldners (BFH 6.8.2024 – VII R 32/22, BStBl. II 2024, 818).

Dieser Kommentar könnte und würde nicht erscheinen, wenn wir nicht einen hervorragenden Lektor an unserer Seite hätten. Herr *Andreas Goerdeler* koordiniert mit großem Engagement die Neuauflagen, treibt uns zur pünktlichen Abgabe unserer Kommentierungen an, versorgt uns mit den neuesten Entwicklungen im Bereich der Gesetzgebung und bearbeitet schließlich mit viel Akribie unsere Kommentierungen und Druckfahnen. Wir danken ihm ganz herzlich für die exzellente Zusammenarbeit!

Wie bei jeder Neuauflage erfolgt auch am Schluss dieses Vorwortes eine Bitte an unsere Leser: Sollten Sie Fehler bemerken oder Anregungen und Kritik äußern wollen, nutzen Sie hierfür bitte die E-Mail-Adresse Steuerrecht@beck.de. Vielen Dank im Voraus!

Im September 2025

Die Autoren

Vorwort zur 1. Auflage

Die erste grundlegende Änderung der RAO von 1919 durch die AO 1977 macht es notwendig, daß alle Erläuterungswerke zur AO völlig neu bearbeitet werden müssen. In der bei den Juristen bekannten Reihe Beck'scher Kurzerläuterungen der Gerichts- und Verwaltungsverfahrenordnungen wird mit der Kommentierung der AO eine wesentliche Lücke für den steuerberatenden Beruf geschlossen. Die Autoren waren bemüht, ein handliches Erläuterungswerk für den täglichen Gebrauch in der Praxis zu schaffen, das sich an Art und Systematik der vorliegenden bewährten Bände der Reihe orientiert.

Bei den Erläuterungen wurde die Begründung des Gesetzentwurfs (BT-Drucks. VI/1982) und der schriftliche Bericht (BT-Drucks. VII/4292) soweit wie möglich aufgenommen. Die gerichtlichen Entscheidungen sind so ausgewählt, daß möglichst nur jeweils die letzte oder die wichtigste zitiert wurde, über die dann der Benutzer zu den früheren Entscheidungen finden kann. Da die Erlasse, Richtlinien und allgemeinen Verwaltungsanweisungen noch einer umfassenden Überprüfung bedürfen, ob und inwieweit sie unter der Geltung der AO 1977 überarbeitet und neu erlassen werden sollen, haben es die Verfasser auf sich genommen, die in den Verwaltungsanweisungen etc. niedergelegten Rechtsgrundsätze auf ihre Vereinbarkeit mit der AO zu überprüfen und, soweit sie als fortgeltend anzusehen sind, bei den betreffenden Bestimmungen in die Erläuterungen eingearbeitet. Die zur Ergänzung der RAO erlassene Beitreibungsordnung ist durch das Einführungsgesetz zur AO 1977 ausdrücklich aufgehoben worden. Eine neue Beitreibungsordnung ist in Vorbereitung.

Der Einführungserlaß zur AO 1977 wurde, soweit erforderlich, bei den einzelnen Paragraphen eingearbeitet und zum Teil im Wortlaut eingefügt.

Das ganze Werk ist von Grund auf neu erstellt und wird eventuell noch bestehende Verbesserungsmöglichkeiten gern in den weiteren Auflagen berücksichtigen. Die Bearbeitung entspricht dem Stande vom Februar 1977 und hat die in der Diskussion befindlichen Verwaltungsanordnungen soweit als möglich berücksichtigt.

Dem Verlag sind wir für die vortreffliche Betreuung und für viele Anregungen zu großem Dank verpflichtet.

Es haben bearbeitet die Paragraphen 1–3, 218–368 Ministerialdirektor Dr. Franz Klein, die Einführung sowie die Paragraphen 4–217 und 369–415 Ministerialrat Gerd Orlopp.

Bonn, im März 1977

Die Verfasser

Bearbeiterverzeichnis

Es wurden bearbeitet von

Dr. Eva-Maria Gersch

§§ 1–15, Vor 51–68

Prof. Dr. Markus Jäger

Vor §§ 369–415

Dr. Philipp Maetz

§§ 29b–32j, 193–207

Bernd Rätke

§§ 16–29a, 78–117e, 134–154, Vor 347–368

Dr. Eckart Ratschow

§§ 37–49, 118–129, 179–190

Reinhart Rüsken

§§ 33–36, 50, 130–133, 155–178, 208–217

Dr. Fabian Schmitz-Herscheidt

§§ 69–77, 191–192

Prof. Dr. Francesca Werth

§§ 218–346

Hinweise:

Lücken bei den Randziffern bzw. gelegentliche Randziffernsprünge sind *bewusst gesetzt*, damit notwendige Ergänzungen in späteren Auflagen nicht eine Änderung *aller* Randziffern der betreffenden Kommentierung erforderlich machen.

Die **Kommentierungen ab der 10. Auflage** sind im Rahmen der Online-Version des „Klein“ weiterhin unter beck-online.beck.de (Rubrik „weitere Auflagen“) abrufbar, sofern Sie über ein Abonnement eines entsprechenden Online-Moduls verfügen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 19. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	VII
Bearbeiterverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV

Erster Teil Einleitende Vorschriften

Erster Abschnitt. Anwendungsbereich	1
§ 1 Anwendungsbereich	1
§ 2 Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	5
§ 2a Anwendungsbereich der Vorschriften über die Verarbeitung personenbezogener Daten	10
Zweiter Abschnitt. Steuerliche Begriffsbestimmungen	13
§ 3 Steuern, steuerliche Nebenleistungen	13
§ 4 Gesetz	28
§ 5 Ermessen	50
§ 6 Behörden, öffentliche und nicht-öffentliche Stellen, Finanzbehörden	59
§ 7 Amtsträger	62
§ 8 Wohnsitz	63
§ 9 Gewöhnlicher Aufenthalt	73
§ 10 Geschäftsleitung	76
§ 11 Sitz	77
§ 12 Betriebsstätte	79
§ 13 Ständiger Vertreter	88
§ 14 Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	90
§ 14a Personenvereinigungen	100
§ 14b Körperschaften mit Sitz im Ausland	103
§ 15 Angehörige	104
Dritter Abschnitt. Zuständigkeit der Finanzbehörden	107
§ 16 Sachliche Zuständigkeit	107
§ 17 Örtliche Zuständigkeit	110
§ 18 Gesonderte Feststellungen	113
§ 19 Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen ...	119
§ 20 Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	125
§ 20a Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	127
§ 21 Umsatzsteuer	131
§ 22 Realsteuern	133
§ 22a Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	134
§ 23 Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	135
§ 24 Ersatzzuständigkeit	137
§ 25 Mehrfache örtliche Zuständigkeit	138
§ 26 Zuständigkeitswechsel	139
§ 27 Zuständigkeitsvereinbarung	145
§ 28 Zuständigkeitsstreit	148

Inhaltsverzeichnis

§ 29	Gefahr im Verzug	149
§ 29a	Unterstützung des örtlich zuständigen Finanzamts auf Anweisung der vorgesetzten Finanzbehörde	149
Vierter Abschnitt. Verarbeitung geschützter Daten und Steuergeheimnis		
§ 29b Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden ... 150		
§ 29c	Verarbeitung personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu anderen Zwecken	157
§ 30	Steuergeheimnis	162
§ 31	Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	201
§ 31a	Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	203
§ 31b	Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	206
§ 31c	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten durch Finanzbehörden zu statistischen Zwecken	211
Fünfter Abschnitt. Haftungsbeschränkung für Amtsträger		
§ 32	Haftungsbeschränkung für Amtsträger	212
Sechster Abschnitt. Rechte der betroffenen Person		
§ 32a	Informationspflicht der Finanzbehörde bei Erhebung personenbezogener Daten bei der betroffenen Person	216
§ 32b	Informationspflicht der Finanzbehörde, wenn personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden	218
§ 32c	Auskunftsrecht der betroffenen Person	220
§ 32d	Form der Information oder Auskunftserteilung	223
§ 32e	Verhältnis zu anderen Auskunfts- und Informationszugangsansprüchen	224
§ 32f	Recht auf Berichtigung und Löschung, Widerspruchsrecht	225
Siebter Abschnitt. Datenschutzaufsicht, Gerichtlicher Rechtsschutz in datenschutzrechtlichen Angelegenheiten		
§ 32g	Datenschutzbeauftragte der Finanzbehörden	227
§ 32h	Datenschutzrechtliche Aufsicht, Datenschutz-Folgenabschätzung ..	228
§ 32i	Gerichtlicher Rechtsschutz	229
§ 32j	Antrag auf gerichtliche Entscheidung bei angenommener Rechtswidrigkeit eines Angemessenheitsbeschlusses der Europäischen Kommission	233
Zweiter Teil		
Steuerschuldrecht		
Erster Abschnitt. Steuerpflichtiger		
§ 33	Steuerpflichtiger	235
§ 34	Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter ..	242
§ 35	Pflichten des Verfügungsberechtigten	248
§ 36	Erlöschen der Vertretungsmacht	252
Zweiter Abschnitt. Steuerschuldverhältnis		
§ 37	Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	252
§ 38	Entstehung der Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis	276
§ 39	Zurechnung	283
§ 40	Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	308

Inhaltsverzeichnis

§ 41	Unwirksame Rechtsgeschäfte	312
§ 42	Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	321
§ 43	Steuerschuldner, Steuervergütungsgläubiger	358
§ 44	Gesamtschuldner	359
§ 45	Gesamtrechtsnachfolge	366
§ 46	Abtretung, Verpfändung, Pfändung	371
§ 47	Erlöschen	381
§ 48	Leistung durch Dritte, Haftung Dritter	385
§ 49	Verschollenheit	387
§ 50	Erlöschen und Unbedingtwerden der Verbrauchsteuer, Übergang der bedingten Verbrauchsteuerschuld	387
Dritter Abschnitt. Steuerbegünstigte Zwecke		388
§ 51	Allgemeines	396
§ 52	Gemeinnützige Zwecke	407
§ 53	Mildtätige Zwecke	435
§ 54	Kirchliche Zwecke	440
§ 55	Selbstlosigkeit	443
§ 56	Ausschließlichkeit	458
§ 57	Unmittelbarkeit	460
§ 58	Steuerlich unschädliche Betätigungen	466
§ 58a	Vertrauensschutz bei Mittelweitergaben	475
§ 59	Voraussetzung der Steuervergünstigung	477
§ 60	Anforderungen an die Satzung	481
§ 60a	Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	485
§ 60b	Zuwendungsempfängerregister	489
§ 61	Satzungsmäßige Vermögensbindung	492
§ 62	Rücklagen und Vermögensbildung	495
§ 63	Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	502
§ 64	Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	509
§ 65	Zweckbetrieb	515
§ 66	Wohlfahrtspflege	523
§ 67	Krankenhäuser	527
§ 67a	Sportliche Veranstaltungen	530
§ 68	Einzelne Zweckbetriebe	538
Vierter Abschnitt. Haftung		546
§ 69	Haftung der Vertreter	546
§ 70	Haftung des Vertretenen	577
§ 71	Haftung des Steuerhinterziehers und des Steuerhehlers	580
§ 72	Haftung bei Verletzung der Pflicht zur Kontenwahrheit	585
§ 72a	Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden	587
§ 73	Haftung bei Organschaft	589
§ 74	Haftung des Eigentümers von Gegenständen	593
§ 75	Haftung des Betriebsübernehmers	598
§ 76	Sachhaftung	605
§ 77	Duldungspflicht	608
Dritter Teil		
Allgemeine Verfahrensvorschriften		
Erster Abschnitt. Verfahrensgrundsätze		611
1. Unterabschnitt. Beteiligung am Verfahren		611
§ 78	Beteiligte	611
§ 79	Handlungsfähigkeit	613
§ 80	Bevollmächtigte und Beistände	617

Inhaltsverzeichnis

§ 80a	Elektronische Übermittlung von Vollmachtsdaten an Landesfinanzbehörden	633
§ 81	Bestellung eines Vertreters von Amts wegen	636
2.	Unterabschnitt. Ausschließung und Ablehnung von Amtsträgern und anderen Personen	638
§ 82	Ausgeschlossene Personen	638
§ 83	Besorgnis der Befangeneheit	640
§ 84	Ablehnung von Mitgliedern eines Ausschusses	641
3.	Unterabschnitt. Besteuerungsgrundsätze, Beweismittel	642
I.	Allgemeines	642
§ 85	Besteuerungsgrundsätze	642
§ 86	Beginn des Verfahrens	648
§ 87	Amtssprache	648
§ 87a	Elektronische Kommunikation	650
§ 87b	Bedingungen für die elektronische Übermittlung von Daten an Finanzbehörden	661
§ 87c	Nicht amtliche Datenverarbeitungsprogramme für das Besteuerungsverfahren	662
§ 87d	Datenübermittlungen an Finanzbehörden im Auftrag	663
§ 87e	Ausnahmeregelung für Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, Verbrauchsteuern und die Luftverkehrssteuer	666
§ 88	Untersuchungsgrundsatz	666
§ 88a	Sammlung von geschützten Daten	684
§ 88b	Länderübergreifender Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen	685
§ 88c	Informationsaustausch über kapitalmarktbezogene Gestaltungen	686
§ 89	Beratung, Auskunft	688
§ 89a	Vorabverständigungsverfahren	707
§ 89b	Internationale Risikobewertungsverfahren	720
§ 90	Mitwirkungspflichten der Beteiligten	727
§ 91	Anhörung Beteiligter	744
§ 92	Beweismittel	752
II.	Beweis durch Auskünfte und Sachverständigengutachten	755
§ 93	Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	755
§ 93a	Allgemeine Mitteilungspflichten	776
§ 93b	Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	782
§ 93c	Datenübermittlung durch Dritte	784
§ 93d	Verordnungsermächtigung	790
§ 94	Eidliche Vernehmung	791
§ 95	Versicherung an Eides statt	792
§ 96	Hinzuziehung von Sachverständigen	795
III.	Beweis durch Urkunden und Augenschein	797
§ 97	Vorlage von Urkunden	797
§ 98	Einnahme des Augenscheins	801
§ 99	Betreten von Grundstücken und Räumen	802
§ 100	Vorlage von Wertsachen	805
IV.	Auskunfts- und Vorlageverweigerungsrechte	806
§ 101	Auskunfts- und Eidesverweigerungsrecht der Angehörigen	806
§ 102	Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsheimnisse	808
§ 103	Auskunftsverweigerungsrecht bei Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit	814
§ 104	Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden	816

Inhaltsverzeichnis

§ 105	Verhältnis der Auskunfts- und Vorlagepflicht zur Schweigepflicht öffentlicher Stellen	820
§ 106	Beschränkung der Auskunfts- und Vorlagepflicht bei Beeinträchtigung des staatlichen Wohls	821
V.	Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	821
§ 107	Entschädigung der Auskunftspflichtigen und der Sachverständigen	821
4.	Unterabschnitt. Fristen, Termine, Wiedereinsetzung	823
§ 108	Fristen und Termine	823
§ 109	Verlängerung von Fristen	829
§ 110	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	832
5.	Unterabschnitt. Rechts- und Amtshilfe	861
§ 111	Amtshilfepflicht	861
§ 112	Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	864
§ 113	Auswahl der Behörde	866
§ 114	Durchführung der Amtshilfe	866
§ 115	Kosten der Amtshilfe	867
§ 116	Anzeige von Steuerstrafaten	868
§ 117	Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	869
§ 117a	Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	933
§ 117b	Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI des Rates übermittelten Daten	938
§ 117c	Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	939
§ 117d	Statistiken über die zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe	943
§ 117e	Besondere Formen der Amtshilfe mit Drittstaaten	943
Zweiter Abschnitt. Verwaltungsakte	946
§ 118	Begriff des Verwaltungsakts	946
§ 119	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsakts	962
§ 120	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt	978
§ 121	Begründung des Verwaltungsakts	981
§ 122	Bekanntgabe des Verwaltungsakts	985
§ 122a	Bekanntgabe von Verwaltungsakten durch Bereitstellung zum Datenabruf	1017
§ 123	Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	1023
§ 124	Wirksamkeit des Verwaltungsakts	1024
§ 125	Nichtigkeit des Verwaltungsakts	1028
§ 126	Heilung von Verfahrens- und Formfehlern	1034
§ 127	Folgen von Verfahrens- und Formfehlern	1037
§ 128	Umdeutung eines fehlerhaften Verwaltungsakts	1041
§ 129	Offenbare Unrichtigkeiten beim Erlass eines Verwaltungsakts	1044
§ 130	Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts	1060
§ 131	Widerruf eines rechtmäßigen Verwaltungsakts	1073
§ 132	Rücknahme, Widerruf, Aufhebung und Änderung im Rechtsbehelfsverfahren	1077
§ 133	Rückgabe von Urkunden und Sachen	1079
Vierter Teil		
Durchführung der Besteuerung		
Erster Abschnitt. Erfassung der Steuerpflichtigen	1081
1. Unterabschnitt. Personenstands- und Betriebsaufnahme		1081
§ 134 bis § 136 (<i>weggefallen</i>)		1081

Inhaltsverzeichnis

2. Unterabschnitt. Anzeigepflichten	1081
§ 137 Steuerliche Erfassung von Körperschaften, Vereinigungen und Vermögensmassen	1081
§ 138 Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	1082
§ 138a Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen ..	1093
§ 138b Mitteilungspflicht Dritter über Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger zu Drittstaat-Gesellschaften	1102
§ 138c Verordnungsermächtigung	1106
§ 138d Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen ..	1107
§ 138e Kennzeichen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1122
§ 138f Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Intermediäre	1133
§ 138g Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Nutzer	1142
§ 138h Mitteilungen bei marktfähigen grenzüberschreitenden Steuergestaltungen	1144
§ 138i Information der Landesfinanzbehörden	1145
§ 138j Auswertung der Mitteilungen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	1145
§ 138k Angabe der grenzüberschreitenden Steuergestaltung in der Steuererklärung	1147
§ 139 Anmeldung von Betrieben in besonderen Fällen	1147
3. Unterabschnitt. Identifikationsmerkmal	1148
§ 139a Identifikationsmerkmal	1148
§ 139b Identifikationsnummer	1150
§ 139c Wirtschafts-Identifikationsnummer	1160
§ 139d Verordnungsermächtigung	1166
§ 139e Direktauszahlungsmechanismus	1167
Zweiter Abschnitt. Mitwirkungspflichten	1169
1. Unterabschnitt. Führung von Büchern und Aufzeichnungen	1169
§ 140 Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen ..	1169
§ 141 Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	1175
§ 142 Ergänzende Vorschriften für Land- und Forstwirte	1181
§ 143 Aufzeichnung des Wareneingangs	1181
§ 144 Aufzeichnung des Warenausgangs	1183
§ 145 Allgemeine Anforderungen an die Buchführung und Aufzeichnungen	1185
§ 146 Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen ..	1190
§ 146a Ordnungsvorschrift für die Buchführung und für Aufzeichnungen mittels elektronischer Aufzeichnungssysteme; Verordnungsermächtigung	1228
§ 146b Kassen-Nachschau	1241
§ 147 Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	1246
§ 147a Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger	1271
§ 147b Verordnungsermächtigung zur Vereinheitlichung von digitalen Schnittstellen	1281
§ 148 Bewilligung von Erleichterungen	1282
2. Unterabschnitt. Steuererklärungen	1284
§ 149 Abgabe der Steuererklärungen	1284
§ 150 Form und Inhalt der Steuererklärungen	1296
§ 151 Aufnahme der Steuererklärung an Amtsstelle	1312
§ 152 Verspätungszuschlag	1312
§ 153 Berichtigung von Erklärungen	1335

3. Unterabschnitt. Kontenwahrheit	1346
§ 154 Kontenwahrheit	1346
Dritter Abschnitt. Festsetzungs- und Feststellungsverfahren	1353
1. Unterabschnitt. Steuerfestsetzung	1353
I. Allgemeine Vorschriften	1353
§ 155 Steuerfestsetzung	1353
§ 156 Absehen von der Steuerfestsetzung	1372
§ 157 Form und Inhalt der Steuerbescheide	1373
§ 158 Beweiskraft der Buchführung	1379
§ 159 Nachweis der Treuhänderschaft	1383
§ 160 Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern	1386
§ 161 Fehlmengen bei Bestandsaufnahmen	1393
§ 162 Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	1394
§ 163 Abweichende Festsetzung von Steuern aus Billigkeitsgründen	1417
§ 164 Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung	1437
§ 165 Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung	1450
§ 166 Drittwirkung der Steuerfestsetzung	1468
§ 167 Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern	1473
§ 168 Wirkung einer Steueranmeldung	1476
II. Festsetzungsverjährung	1480
§ 169 Festsetzungsfrist	1480
§ 170 Beginn der Festsetzungsfrist	1492
§ 171 Ablaufhemmung	1504
III. Bestandskraft	1537
§ 172 Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1537
§ 173 Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen oder Beweismittel	1554
§ 173a Schreib- oder Rechenfehler bei Erstellung einer Steuererklärung ..	1585
§ 174 Widerstreitende Steuerfestsetzungen	1588
§ 175 Änderung von Steuerbescheiden auf Grund von Grundlagenbescheiden und bei rückwirkenden Ereignissen	1608
§ 175a Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	1632
§ 175b Änderung von Steuerbescheiden bei Datenübermittlung durch Dritte	1633
§ 176 Vertrauensschutz bei der Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden	1636
§ 177 Berichtigung von materiellen Fehlern	1650
IV. Kosten	1655
§ 178 Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Zollbehörden	1655
2. Unterabschnitt. Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Festsetzung von Steuermessbeträgen	1657
I. Gesonderte Feststellungen	1657
§ 179 Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1657
§ 180 Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	1670
§ 181 Verfahrensvorschriften für die gesonderte Feststellung, Feststellungsfrist, Erklärungspflicht	1695
§ 182 Wirkungen der gesonderten Feststellung	1706
§ 183 Bekanntgabe bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung gegenüber rechtsfähigen Personenvereinigungen	1714
§ 183a Empfangsbevollmächtigte bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen und in sonstigen Fällen	1721

Inhaltsverzeichnis

II. Festsetzung von Steuermessbeträgen	1726
§ 184 Festsetzung von Steuermessbeträgen	1726
3. Unterabschnitt. Zerlegung und Zuteilung	1731
§ 185 Geltung der allgemeinen Vorschriften	1731
§ 186 Beteiligte	1733
§ 187 Akteneinsicht	1734
§ 188 Zerlegungsbescheid	1734
§ 189 Änderung der Zerlegung	1735
§ 190 Zuteilungsverfahren	1736
4. Unterabschnitt. Haftung	1737
§ 191 Haftungsbescheide, Duldungsbescheide	1737
§ 192 Vertragliche Haftung	1768
Vierter Abschnitt. Außenprüfung	1769
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	1769
§ 193 Zulässigkeit einer Außenprüfung	1769
§ 194 Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	1778
§ 195 Zuständigkeit	1789
§ 196 Prüfungsanordnung	1792
§ 197 Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	1800
§ 198 Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	1806
§ 199 Prüfungsgrundsätze	1806
§ 200 Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	1807
§ 200a Qualifiziertes Mitwirkungsverlangen	1812
§ 201 Schlussbesprechung	1815
§ 202 Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	1817
§ 203 Abgekürzte Außenprüfung	1820
§ 203a Außenprüfung bei Datenübermittlung durch Dritte	1821
2. Unterabschnitt. Verbindliche Zusagen auf Grund einer Außenprüfung ...	1821
§ 204 Voraussetzung der verbindlichen Zusage	1821
§ 205 Form der verbindlichen Zusage	1827
§ 206 Bindungswirkung	1828
§ 207 Außerkrafttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	1829
Fünfter Abschnitt. Steuerfahndung (Zollfahndung)	1830
§ 208 Steuerfahndung (Zollfahndung)	1830
§ 208a Steuerfahndung des Bundeszentralamts für Steuern	1847
Sechster Abschnitt. Steueraufsicht in besonderen Fällen	1847
§ 209 Gegenstand der Steueraufsicht	1847
§ 210 Befugnisse der Finanzbehörde	1849
§ 211 Pflichten der betroffenen Person	1852
§ 212 Durchführungsvorschriften	1853
§ 213 Besondere Aufsichtsmaßnahmen	1854
§ 214 Beauftragte	1855
§ 215 Sicherstellung im Aufsichtsweg	1856
§ 216 Überführung in das Eigentum des Bundes	1858
§ 217 Steuerhilfspersonen	1860

Fünfter Teil Erhebungsverfahren

Erster Abschnitt. Verwirklichung, Fälligkeit und Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1861
1. Unterabschnitt. Verwirklichung und Fälligkeit von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis	1861
§ 218 Verwirklichung von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis ..	1861
§ 219 Zahlungsaufforderung bei Haftungsbescheiden	1873
§ 220 Fälligkeit	1875
§ 221 Abweichende Fälligkeitsbestimmung	1877
§ 222 Stundung	1878
§ 223 (weggefallen)	1884
2. Unterabschnitt. Zahlung, Aufrechnung, Erlass	1884
§ 224 Leistungsort, Tag der Zahlung	1884
§ 224a Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungen statt	1887
§ 225 Reihenfolge der Tilgung	1889
§ 226 Aufrechnung	1890
§ 227 Erlass	1906
3. Unterabschnitt. Zahlungsverjährung	1912
§ 228 Gegenstand der Verjährung, Verjährungsfrist	1912
§ 229 Beginn der Verjährung	1913
§ 230 Hemmung der Verjährung	1916
§ 231 Unterbrechung der Verjährung	1916
§ 232 Wirkung der Verjährung	1922
Zweiter Abschnitt. Verzinsung, Säumniszuschläge	1923
1. Unterabschnitt. Verzinsung	1923
§ 233 Grundsatz	1923
§ 233a Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen ...	1925
§ 234 Stundungszinsen	1941
§ 235 Verzinsung von hinterzogenen Steuern	1944
§ 236 Prozesszinsen auf Erstattungsbeträge	1950
§ 237 Zinsen bei Aussetzung der Vollziehung	1957
§ 238 Höhe und Berechnung der Zinsen	1961
§ 239 Festsetzung der Zinsen	1964
2. Unterabschnitt. Säumniszuschläge	1968
§ 240 Säumniszuschläge	1968
Dritter Abschnitt. Sicherheitsleistung	1979
§ 241 Art der Sicherheitsleistung	1980
§ 242 Wirkung der Hinterlegung von Zahlungsmitteln	1984
§ 243 Verpfändung von Wertpapieren	1984
§ 244 Taugliche Steuerbürgen	1985
§ 245 Sicherheitsleistung durch andere Werte	1987
§ 246 Annahmewerte	1987
§ 247 Austausch von Sicherheiten	1988
§ 248 Nachschusspflicht	1988

Inhaltsverzeichnis

Sechster Teil Vollstreckung

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften	1991
§ 249 Vollstreckungsbehörden	1992
§ 250 Vollstreckungsersuchen	1995
§ 251 Vollstreckbare Verwaltungsakte	1997
§ 252 Vollstreckungsgläubiger	2010
§ 253 Vollstreckungsschuldner	2010
§ 254 Voraussetzungen für den Beginn der Vollstreckung	2011
§ 255 Vollstreckung gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts ..	2013
§ 256 Einwendungen gegen die Vollstreckung	2014
§ 257 Einstellung und Beschränkung der Vollstreckung	2015
§ 258 Einstweilige Einstellung oder Beschränkung der Vollstreckung	2017
Zweiter Abschnitt. Vollstreckung wegen Geldforderungen	2021
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften	2021
§ 259 Mahnung	2021
§ 260 Angabe des Schuldgrundes	2022
§ 261 Niederschlagung	2023
§ 262 Rechte Dritter	2024
§ 263 Vollstreckung gegen Ehegatten oder Lebenspartner	2031
§ 264 Vollstreckung gegen Nießbraucher	2035
§ 265 Vollstreckung gegen Erben	2035
§ 266 Sonstige Fälle beschränkter Haftung	2040
§ 267 Vollstreckungsverfahren gegen Personenvereinigungen	2043
2. Unterabschnitt. Aufteilung einer Gesamtschuld	2044
§ 268 Grundsatz	2044
§ 269 Antrag	2046
§ 270 Allgemeiner Aufteilungsmaßstab	2047
§ 271 Aufteilungsmaßstab für die Vermögensteuer	2048
§ 272 Aufteilungsmaßstab für Vorauszahlungen	2048
§ 273 Aufteilungsmaßstab für Steuernachforderungen	2049
§ 274 Besonderer Aufteilungsmaßstab	2050
§ 275 (<i>weggefallen</i>)	2050
§ 276 Rückständige Steuer, Einleitung der Vollstreckung	2050
§ 277 Vollstreckung	2052
§ 278 Beschränkung der Vollstreckung	2053
§ 279 Form und Inhalt des Aufteilungsbescheids	2055
§ 280 Änderung des Aufteilungsbescheids	2056
3. Unterabschnitt. Vollstreckung in das bewegliche Vermögen	2057
I. Allgemeines	2057
§ 281 Pfändung	2057
§ 282 Wirkung der Pfändung	2059
§ 283 Ausschluss von Gewährleistungsansprüchen	2060
§ 284 Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners	2060
II. Vollstreckung in Sachen	2073
§ 285 Vollziehungsbeamte	2073
§ 286 Vollstreckung in Sachen	2074
§ 287 Befugnisse des Vollziehungsbeamten	2076
§ 288 Zuziehung von Zeugen	2080
§ 289 Zeit der Vollstreckung	2081
§ 290 Aufforderungen und Mitteilungen des Vollziehungsbeamten	2081
§ 291 Niederschrift	2082

Inhaltsverzeichnis

§ 292	Abwendung der Pfändung	2083
§ 293	Pfand- und Vorzugsrechte Dritter	2084
§ 294	Ungetrennte Früchte	2085
§ 295	Unpfändbarkeit von Sachen	2087
§ 296	Verwertung	2091
§ 297	Aussetzung der Verwertung	2092
§ 298	Versteigerung	2093
§ 299	Zuschlag	2094
§ 300	Mindestgebot	2096
§ 301	Einstellung der Versteigerung	2097
§ 302	Wertpapiere	2097
§ 303	Namenspapiere	2098
§ 304	Versteigerung ungetrennter Früchte	2099
§ 305	Besondere Verwertung	2099
§ 306	Vollstreckung in Ersatzteile von Luftfahrzeugen	2100
§ 307	Anschlusspfändung	2100
§ 308	Verwertung bei mehrfacher Pfändung	2102
III.	Vollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	2104
§ 309	Pfändung einer Geldforderung	2104
§ 310	Pfändung einer durch Hypothek gesicherten Forderung	2112
§ 311	Pfändung einer durch Schiffshypothek oder Registerpfandrecht an einem Luftfahrzeug gesicherten Forderung	2115
§ 312	Pfändung einer Forderung aus indossablen Papieren	2115
§ 313	Pfändung fortlaufender Bezüge	2116
§ 314	Einziehungsverfügung	2117
§ 315	Wirkung der Einziehungsverfügung	2119
§ 316	Erklärungspflicht des Drittschuldners	2120
§ 317	Andere Art der Verwertung	2122
§ 318	Ansprüche auf Herausgabe oder Leistung von Sachen	2122
§ 319	Unpfändbarkeit von Forderungen	2125
§ 320	Mehrfache Pfändung einer Forderung	2144
§ 321	Vollstreckung in andere Vermögensrechte	2147
4.	Unterabschnitt. Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	2150
§ 322	Verfahren	2150
§ 323	Vollstreckung gegen den Rechtsnachfolger	2155
5.	Unterabschnitt. Arrest	2156
§ 324	Dinglicher Arrest	2156
§ 325	Aufhebung des dinglichen Arrestes	2162
§ 326	Persönlicher Sicherheitsarrest	2162
6.	Unterabschnitt. Verwertung von Sicherheiten	2165
§ 327	Verwertung von Sicherheiten	2165
Dritter Abschnitt.	Vollstreckung wegen anderer Leistungen als Geldforderungen	2166
1.	Unterabschnitt. Vollstreckung wegen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen	2166
§ 328	Zwangsmittel	2166
§ 329	Zwangsgeld	2169
§ 330	Ersatzvornahme	2170
§ 331	Unmittelbarer Zwang	2170
§ 332	Androhung der Zwangsmittel	2170
§ 333	Festsetzung der Zwangsmittel	2172
§ 334	Ersatzzwangshaft	2173
§ 335	Beendigung des Zwangsverfahrens	2174

Inhaltsverzeichnis

2. Unterabschnitt. Erzwingung von Sicherheiten	2175
§ 336 Erzwingung von Sicherheiten	2175

Vierter Abschnitt. Kosten

2175

§ 337 Kosten der Vollstreckung	2175
§ 338 Gebührenarten	2176
§ 339 Pfändungsgebühr	2176
§ 340 Wegnahmegebühr	2177
§ 341 Verwertungsgebühr	2178
§ 342 Mehrheit von Schuldnern	2179
§ 343 (weggefallen)	2179
§ 344 Auslagen	2180
§ 345 Reisekosten und Aufwandsentschädigungen	2181
§ 346 Unrichtige Sachbehandlung, Festsetzungsfrist	2181

Siebenter Teil

Außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren

Erster Abschnitt. Zulässigkeit

2185

§ 347 Statthaftigkeit des Einspruchs	2185
§ 348 Ausschluss des Einspruchs	2191
§ 349 (weggefallen)	2193
§ 350 Beschwer	2193
§ 351 Bindungswirkung anderer Verwaltungsakte	2203
§ 352 Einspruchsbefugnis bei der gesonderten und einheitlichen Feststellung	2211
§ 353 Einspruchsbefugnis des Rechtsnachfolgers	2219
§ 354 Einspruchsverzicht	2220

Zweiter Abschnitt. Verfahrensvorschriften

2223

§ 355 Einspruchsfrist	2223
§ 356 Rechtsbehelfsbelehrung	2227
§ 357 Einlegung des Einspruchs	2230
§ 358 Prüfung der Zulässigkeitsvoraussetzungen	2236
§ 359 Beteiligte	2237
§ 360 Hinzuziehung zum Verfahren	2238
§ 361 Aussetzung der Vollziehung	2247
§ 362 Rücknahme des Einspruchs	2268
§ 363 Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	2272
§ 364 Offenlegung der Besteuerungsunterlagen	2279
§ 364a Erörterung des Sach- und Rechtsstands	2280
§ 364b Fristsetzung	2282
§ 365 Anwendung von Verfahrensvorschriften	2287
§ 366 Form, Inhalt und Erteilung der Einspruchsentscheidung	2290
§ 367 Entscheidung über den Einspruch	2294
§ 368 (weggefallen)	2306

Achter Teil

Straf- und Bußgeldvorschriften, Straf- und Bußgeldverfahren

Erster Abschnitt. Strafvorschriften

2307

§ 369 Steuerstraftaten	2307
§ 370 Steuerhinterziehung	2310
§ 371 Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	2448
§ 372 Bannbruch	2484
§ 373 Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel ...	2487

§ 374	Steuerhehlerei	2498
§ 375	Nebenfolgen	2509
§ 376	Verfolgungsverjährung	2514
Zweiter Abschnitt. Bußgeldvorschriften		2526
§ 377	Steuerordnungswidrigkeiten	2526
§ 378	Leichtfertige Steuerverkürzung	2530
§ 379	Steuergefährdung	2539
§ 380	Gefährdung der Abzugsteuern	2547
§ 381	Verbrauchsteuergefährdung	2549
§ 382	Gefährdung der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben	2551
§ 383	Unzulässiger Erwerb von Steuererstattungs- und Vergütungs- ansprüchen	2555
§ 383a	<i>(weggefallen)</i>	2556
§ 383b	Pflichtverletzung bei Übermittlung von Vollmachtsdaten	2556
§ 384	Verfolgungsverjährung	2557
§ 384a	Verstöße nach Artikel 83 Absatz 4 bis 6 der Verordnung (EU) 2016/679	2558
Dritter Abschnitt. Strafverfahren		2559
1. Unterabschnitt. Allgemeine Vorschriften		2559
§ 385	Geltung von Verfahrensvorschriften	2559
§ 386	Zuständigkeit der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten	2568
§ 387	Sachlich zuständige Finanzbehörde	2572
§ 388	Örtlich zuständige Finanzbehörde	2574
§ 389	Zusammenhängende Strafsachen	2575
§ 390	Mehrfache Zuständigkeit	2576
§ 391	Zuständiges Gericht	2576
§ 392	Verteidigung	2579
§ 393	Verhältnis des Strafverfahrens zum Besteuerungsverfahren	2585
§ 394	Übergang des Eigentums	2602
§ 395	Akteneinsicht der Finanzbehörde	2604
§ 396	Aussetzung des Verfahrens	2604
2. Unterabschnitt. Ermittlungsverfahren		2608
I. Allgemeines		2608
§ 397	Einleitung des Strafverfahrens	2608
§ 398	Einstellung wegen Geringfügigkeit	2614
§ 398a	Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen	2615
II. Verfahren der Finanzbehörde bei Steuerstraftaten		2624
§ 399	Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2624
§ 400	Antrag auf Erlass eines Strafbefehls	2653
§ 401	Antrag auf Anordnung von Nebenfolgen im selbständigen Ver- fahren	2656
III. Stellung der Finanzbehörde im Verfahren der Staatsanwaltschaft		2658
§ 402	Allgemeine Rechte und Pflichten der Finanzbehörde	2658
§ 403	Beteiligung der Finanzbehörde	2659
IV. Steuer- und Zollfahndung		2660
§ 404	Steuer- und Zollfahndung	2660
V. Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen		2668
§ 405	Entschädigung der Zeugen und der Sachverständigen	2668
3. Unterabschnitt. Gerichtliches Verfahren		2670
§ 406	Mitwirkung der Finanzbehörde im Strafbefehlsverfahren und im selbständigen Verfahren	2669
§ 407	Beteiligung der Finanzbehörde in sonstigen Fällen	2670

Inhaltsverzeichnis

4. Unterabschnitt. Kosten des Verfahrens	2671
§ 408 Kosten des Verfahrens	2671
Vierter Abschnitt. Bußgeldverfahren	2672
§ 409 Zuständige Verwaltungsbehörde	2673
§ 410 Ergänzende Vorschriften für das Bußgeldverfahren	2673
§ 411 Bußgeldverfahren gegen Rechtsanwälte, Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer oder vereidigte Buchprüfer	2680
§ 412 Zustellung, Vollstreckung, Kosten	2681
Neunter Teil	
Schlussvorschriften	
§ 413 Einschränkung von Grundrechten	2683
§ 414 (<i>gegenstandslos</i>)	2683
§ 415 (<i>Inkrafttreten</i>)	2683
Anlage: Mustersatzung zu § 60	2684
Sachverzeichnis	2687